

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 35 (1945)

Heft: 35

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHE

Auslandschweizer-Probleme

—an— Das sehr schöne Plakat von Falck, das die in Not lebenden Rückwanderer der Hilfe unserer glücklichen Heimat empfiehlt, das sichtbarlich zeigt, wie der Arm des gesunden und starken Bruders den von dunklem Geschick verfolgten schwächeren Bruder umfasst und stützt, deutet nur die eine Hälfte der Sorgen an, die das Auslandschweizertum durchmacht. Fast mit Schrecken hörte man Bundesrat Petitpierre an der Tagung der Auslandschweizer sagen, dass in diesem Kriege insgesamt 376 Schweizer umgekommen und 55 verletzt worden seien... von den Opfern, die nicht registriert wurden, abgesehen. Und wenn Herr Petitpierre feststellte, wie gering die Einbusse von 50 Millionen Franken im letzten Kriege, den die Schweizer erlitten, sei, verglichen mit dem Vielfachen dieser Schadensumme im eben beendeten zweiten Weltkriege, dann steht die ganze Grösse des Problems vor unsern Augen. Es ist schon so: Der Bund allein wird diese Schäden eben nicht ersetzen können und wenn auch die Kantone und Gemeinden mithelfen, bleibt für die «private Schweiz» im In- und Auslande noch Gewaltiges zu leisten übrig.

Selbstverständlich geht es nicht in erster Linie darum, die «Vermögens-Verluste» wieder einzubringen. Aber der Aufbau der verlorenen Existenz wirtschaftlich und moralisch ist dringendes Gebot. Dass hier geholfen werden muss, zu Hause und draussen, erwarten die Heimgekehrten ebenso wie jene, die unter sehr verschiedenen Bedingungen in den befreiten Gebieten ebenso wie in den von den alliierten Armeen besetzten geblieben sind. Man kann auch «ohne Vermögen» wieder anfangen... wenn man «nur anfangen» kann. Es müssen andere auch, daheim oder in der Fremde, Leute, die durch andere als gerade durch Kriegsereignisse geschädigt wurden. Hin und wieder ist natürlich der Einsatz von Kapital notwendig, um einen solchen Anfang zu ermöglichen, und in solchen Fällen kommt wirklich die Frage der verlorenen Vermögen aufs Tapet. Aber weitaus der grösste Teil der Leute braucht in erster Linie eine Arbeitsstelle, um seinen Teil an die Wiederaufrichtung beitragen zu können.

Was aber soll mit den heimgesuchten Leuten geschehen, welche das Schicksal jener Deutschen teilen, die von den Slavenvölkern, Tschechen, Polen und Russen aus allen östlich Oder und Neisse und innerhalb der böhmischen Randgebirge liegenden Gebiete vertrieben werden? Da die Schweiz nicht zu den von Russland anerkannten Staaten gehört, können sie sich nicht auf ihre Nationalität berufen und werden als «Deutsche» behandelt, meist völlig ausgeplündert und misshandelt, wenn sie primitiven Soldatenelementen in die Hände fallen. Mit Ungeduld erwartet man das Ergebnis der russischen Untersuchungen über die Lage der nun abgereisten Internierten, denn «was Wikorew sagen wird», gibt uns vielleicht endlich die Handhabe in die Hände, um unsere nationale Existenz zugunsten unserer an den Bettelstab gebrachten, herumirrenden, da und dort verhungerten oder zerlumpt an unsere Grenzen gelangenden Mitbürger in die Waagschale werfen zu können.

Vormacht USA

Im Mittelpunkt des Weltinteresses steht gegenwärtig die sehr deutliche Demonstration des amerikanischen Willens, zu beweisen, dass niemand anderes als der Präsident in Washington der grösste unter den «Grossen Drei» sei. Wer die Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam verfolgte, musste bemerken, dass in der Tat die USA an die Spitze aller Mächte gerückt wurden. Zwar hat das britische «Empire» eine viel grössere Bevölkerung als die

große Republik drüben überm Atlantik, aber die Verfüzungsgewalt Londons über seine Dominions und Kolonien ist kaum grösser als die Washingtons über den amerikanischen Gesamtkontinent, mögen auch seine rechtlichen Handhaben «zur Beherrschung Panamerikas» kaum vorhanden, und die moralischen umstritten sein. Das russische Riesenreich, das einen Sechstel der Erdoberfläche umfasst, zählt etwa das Anderthalbfache an Seelen, verglichen mit USA, und die Geburtenziffer lässt Moskau erhoffen, dass die Einwohnerzahl bald der Zweihundermillionengrenze zustrebe. Aber sie bleibt hinter jener des panamerikanischen «Grossraumes» immer noch zurück. Zahlenmäßig steht also die Sowjetunion an dritter Stelle, und an vierter, falls China sich konsolidieren und die «Grossen Vier» an Stelle der «Grossen Drei» im Verbande der «Verbündten Nationen» führen werden.

Wenn es Kreise gibt, die dennoch Russland an der Spitze der Welt sehen wollen, dann sind es solche, die in die Zukunft schauen und schon jetzt auf eine vermehrte Anziehungskraft Moskaus gegenüber breiten Massen in den sämtlichen übrigen Ländern, vor allem aber Amerikas, und des britischen Empires und Chinas hinweisen. Russland ist bekanntlich in seinen «Fünfjahresplänen», welche nach dem Aufbau der Schwerindustrie die Produktion der Versorgungsgüter aufnehmen wollten, durch die Kriegsgefahr, durch die Verlegung aller Kräfte auf die Kriegsproduktion und dann durch den deutschen Ueberfall gestört worden. Kann es nachholen, was es seit 1937 unterbrochen musste, dann ist zweifellos die «Infizierung der russischen Soldaten durch den westlichen Lebensstandard und die westlichen politischen Freiheiten», von welcher bei uns zu eilfertig geschrieben wird, dem Sowjetsystem bald nicht mehr so gefährlich, wie sie heute erscheint. Merzt Russland außerdem die Schäden seines Systems aus, welche allenthalben Produktion, Konsum und Verteilung anhafteten, versteht es, das Risiko von Minderarbeit und Mehrverschleiss auf die Verantwortlichen zu verteilen, statt sie der anonymen Gemeinschaft zu überlassen, dann wird man die «Tigersprünge des russischen Fortschrittes» bald genug konstatieren.

Im Hinblick auf dieses «Russland der Zukunft» — das jetzige geht gewissermassen «bandagiert und auf Krücken» — entwickeln die USA eine entschlossene Initiative, um die errungenen Vorsprünge auf der ganzen Linie zu sichern. Wirtschaftlich: Die Märkte müssen erobert werden, damit zu Hause die zu erwartenden acht oder zehn (oder zwanzig?) Millionen Arbeitsloser so rasch als möglich in eine wohlangekurbelte Friedensproduktion eingeschaltet werden können. Politisch: Die amerikanisch-westlichen Einflussphären müssen auf der ganzen Linie gesichert werden — in Europa sowohl wie in Asien. Die drei andern Weltteile unterstehen sowieso dem angelsächsischen Machtbereich.

Der Vorstoß auf dem Balkan der Protest gegen die bulgarischen Wahlen, die als «nicht-demokratische» bezeichnet wurden, die Kritik am Macht- system Titos, die Erklärung, dass auch mit den jetzigen Regierungen Ungarns und Rumäniens nicht Frieden geschlossen werden könne, da sie nicht alle vorhandenen demokratischen Richtungen ihrer Länder vertrüten, all das verrät ein bewusstes Programm. Hat sich Russland im ganzen Balkan-Donau-Raum auf jene Kreise gestützt, die es als sicher antideutsch- und prorussisch ansah, und wurden die dortigen Regierungen ausschliesslich aus solchen Kreisen bestellt, wünscht nun Amerika — und mit (Fortsetzung auf Seite 1012)

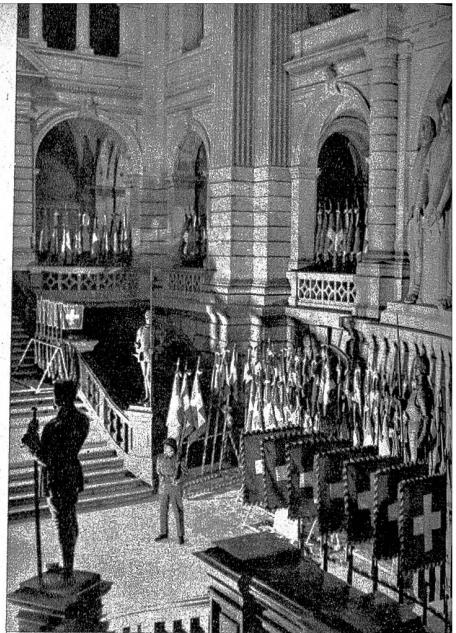
ihm auch Grossbritannien, dass auch die «westlich orientierten» Parteien in die demokratischen Koalitionen aufgenommen werden. Moskau hat äusserlich kaum darauf reagiert, aber man weiss, dass jede Partei als «pro-fascistisch» bezeichnet wird, die irgendwie mit dem Grossgrundbesitz, dem städtischen Grundbesitz, dem internationalen Handel, den Bankinteressen, den Industriewerten verbunden geblieben und Interessen vertritt, welche eben als «kapitalistisch» gelten. Ihre Einbeziehung in die Regierungen, die Wahl ihrer Vertreter in die Parlamente bedeuten den sauren Apfel, in welchen Moskau zu beißen hat, will es die «vertrauensvolle Zusammenarbeit mit USA» aufrechterhalten. Und in jedem Staate des Südostens, der ansehnliche Minderheiten «kapitalistischer» und «pro-westlicher» Parteien oder gar solche *Mehrheiten* in die Parlamente wählen würden, wäre die einseitige pro-russische Orientierung gebrochen.

Die erste Folge der amerikanischen diplomatischen Offensive war die *Verschiebung der bulgarischen Wahlen*, welche dieser Tage hätten stattfinden sollen. Nimmt man dazu, dass nun auch amerikanischen Zeitungskorrespondenten der Zutritt gewährt wird — gleich wie in Polen — und dass eine *Ministerkrise in Sofia* offensichtlich die Aufnahme einiger westlich orientierter Politiker vorbereiten soll, dann ist der Erfolg Washingtons ziemlich eindeutig.

Chaotischer geht es in Rumänien zu. Eine Einladung des Königs, USA, England und Russland möchten ihm zur Bildung einer Regierung behilflich sein, die man als «würdig für den Abschluss eines Friedens» erachte, wurde von Protesten der *Regierung Groza* abgelöst, welche energisch bestritt, nicht das rumänische Volk zu repräsentieren. Angriffe gegen die Westler, vor allem gegen den alten Führer der Bauernpartei, Maniu, waren die Fortsetzung. Nun stand plötzlich der rumänische König, der so genial den Staatsstreich gegen Antonescu durchgeführt, dass er dafür einen hohen russischen Orden erhalten, am Radio und bestätigte in aller Form, dass er die Regierung Groza als repräsentativ ansehe, und dass keinerlei Differenzen zwischen ihm und ihr bestünden. In London wird vermutet,

In der Eingangshalle des Parlamentsgebäudes wurden während 3 Tagen die sämtlichen Fahnen, die an der Fahnenehrung teilgenommen hatten, aufgestellt und konnten vom Publikum besichtigt werden. Das imposante Bild lockte zahlreiche Besucher an

(Photo W. Nydegger)



König Michael habe unter Zwang gesprochen — das würde aber heissen: Unter russischem Zwang. Es ist nun bloss noch darauf zu warten, ob er erklärt, dass zwischen seiner Einladung an die Mächte und seiner überraschenden Radiorede gar kein Widerspruch bestehe. Denn er halte seine Regierung für demokratisch. Wenn aber die Mächte das nicht täten, möchten sie ihm gefälligst zu einem besseren Kabinett verhelfen!

Die russischen Gegenzüge

sind auch schon spürbar geworden. Zunächst hat Moskau abgelehnt, sich mit den beiden andern Partnern in die griechischen Wahlen einzumischen. Das heisst: Mögen die Amerikaner immerhin 5000 «Beobachter» delegieren, die in jedem Wahllokal dafür sorgen, dass frei und geheim gewählt werde, Russland findet das unzweckmäßig und unstatthaft. Ganz abgesehen davon, dass solche Beobachter die «Elasleute» von der Stimmabgabe abhalten könnten. Dieser Weigerung, sich «einzumischen», steht die

Dammbruch im Kandertal — 2 Tote

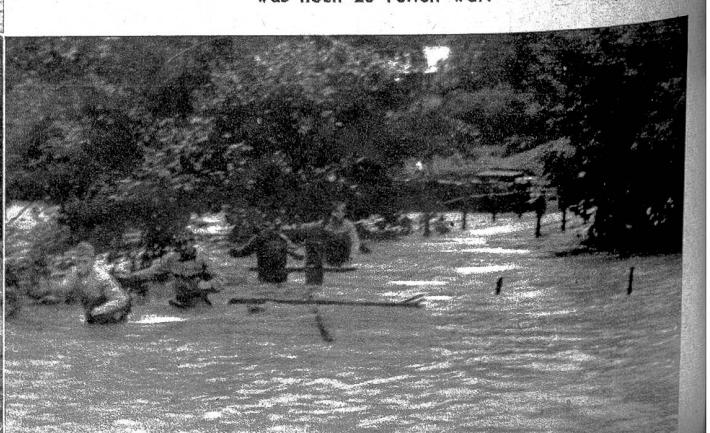
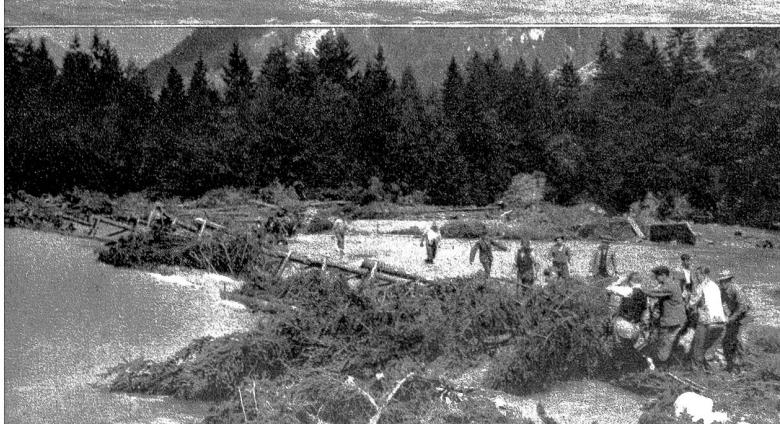
Auf der linken Talseite der Kander, zwischen Mitholz und Kanderteg, ereignete sich ein Erdschlipf, der einen Dammbruch zur Folge hatte. Die Erdabsturzmenge beträgt rund 5000 Kubikmeter. Zwei Häuser wurden verschüttet. Das eine war unbewohnt und im andern lebte das Ehepaar Jakob Holzer mit zwei Kindern. Beide Häuser wurden von den Erdmassen zugedeckt und die Ehefrau Holzer mit einem Kind begraben. Infolge des Dammbruches entstanden auf der rechten Talseite grosse Ueberschwemmungen. Die Staatsstrasse wurde auf eine Strecke von 1000 m zerstört. Die Feuerwehr und eine Militärabordnung besorgten die Aufräumungsarbeiten.

Links oben: Die Unglücksstelle im Mitholz im Kandertal. Im Hintergrund die Abbruchstelle. Im Vordergrund die Trümmer des Hauses, wo Mutter und Kind begraben wurden.

Links unten: Die Ueberschwemmungen der Kander auf der rechten Talseite. Fieberhaft arbeiten die Bewohner der Talschaft an der Verbauung, um die Fluten in das Bachbett zurückzudringen.

Unten: Kurz nach der Katastrophe eilten Soldaten herbei, die dann stundenlang, bis zu den Hüften im Gletscherwasser stehend, den Kampf gegen die noch immer wütenden Elemente aufnehmen, um zu retten, was noch zu retten war.

(Photopress)



geschickte Ueberlegung zu Gevatter, damit eine ähnliche Kontrolle in den übrigen Staaten zu verhindern und die Entstehung antirussischer Mehrheiten zu verhüten. Welche weiteren Vorstöße die Amerikaner unternehmen, bleibt abzuwarten, ebenso, *worin* sie bestehen werden. Vermuten kann man, Washington und London würden die Räumung dieser Staaten durch die russischen Armeen als «conditio sine qua non» für «freie Wahlen» ansehen, wenn auch nicht sogleich und in aller Schröffheit *verlangen*. Bekanntlich taten die Russen in Polen diese grosse Geste, als sie Warschau räumten, und die Anerkennung der Regierung Osubka-Morawski war die Konsequenz, welche man in London und Washington zu ziehen hatte, obgleich die westlich orientierten Mitglieder der neuen Regierung gar nicht in der wünschenswerten Zahl vorhanden waren. Russland weiss, dass der Westen ähnliche Lösungen in den vier fraglichen Staaten, ebenso in der Tschechei, wo Benesch wie durch einen Glücksfall sowohl in Moskau wie in London persona grata wurde, und auch in Oesterreich fordert, ehe er sich zufrieden gibt. Stalin wird Mühe haben, die Mittel zu finden, welche ihm die Erfüllung dieser Forderungen ersparen.

Der wichtigste Gegenzug Moskaus im Gesamtkomplex der Differenzen mit den Angelsachsen aber erfolgte nicht im Balkan, sondern in China. Die nun bekanntgewordenen Vereinbarungen mit Soong in Moskau kommen fast *totalen Verzicht der Russen auf Gebietseroberungen auf Kosten Chinas* gleich, und alle verfrühten Meldungen über einen «Löwenanteil» Stalins an der japanischen Kriegsbeute erweisen sich als falsch. China erhält die Mandschurie. Russland räumt das Gebiet drei Monate nach der Unterzeichnung der japanischen Kapitulation. *Moskau pachtet den Hafen Port Arthur zur Hälfte, aber nur auf 30 Jahre.* Es verwaltet die beiden grossen Bahnen in der Mandschurei gemeinsam mit China, aber ebenfalls nur für 30 Jahre. Der Griff auf die innere Mongolei unterbleibt. In der äusseren Mongolei wird eine Volksabstimmung über die «Unabhängigkeit» entscheiden. In aller Form aber wird die Kommunistenregierung von Jenan preisgegeben. Die Formel heisst: «Nichteinmischung» beider Staaten in die Angelegenheiten des andern.

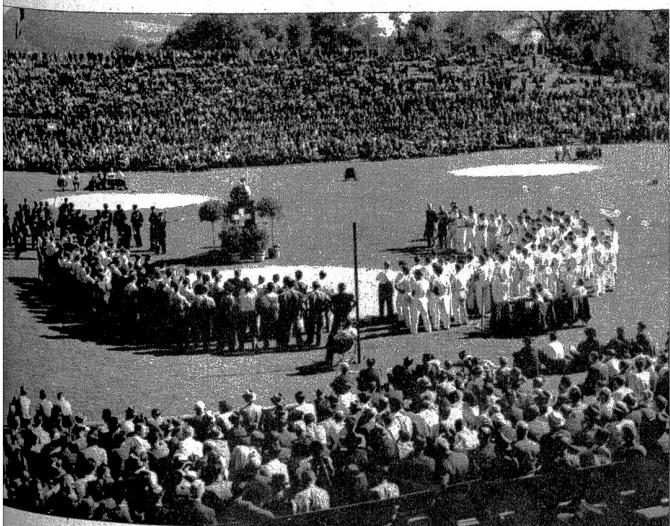
Diese erstaunliche Respektierung der künftigen Grossmacht China durchquert alle Spekulationen auf einen bevorstehenden russisch-chinesischen Konflikt, welcher auto-

matisch die russischen Positionen gegenüber USA verschlechtern müsste. Moskau begnügt sich mit der *Besetzung der japanischen Kurilen*, um an den offenen Pazifik zu kommen.

Der amerikanische Vorstoß gegen Labour,

welcher nicht machtpolitisch gegen Grossbritannien, sondern «sozialpolitisch» gegen die allzu kühnen Experimente der neuen Regierung gerichtet ist, darf im Gesamtbilde der mobil gewordenen Politik des «Weissen Hauses» nicht vergessen werden. Wenige Beobachter hierzulande haben bemerkt, dass die *Aufkündigung der «Leih- und Pachtthilfe»* der Vereinigten Staaten an seine sämtlichen Verbündeten auf Ende Oktober 1945 dem Willen Trumans und seiner Mitarbeiter entspringt, sowohl Russland als England nicht weiter zu «füttern», damit weder Stalin noch Attlee die sozialen Zielsetzungen mit Hilfe des «gutmütigen amerikanischen Kapitals» verfolgen können. Diese beiden sozialistischen Regierungen, mögen sie in ihren Grundlagen wie in ihren Methoden noch so verschieden sein, sollen gefälligst beweisen, was sie ohne solche Hilfe zu leisten vermögen. Nicht umsonst verlangte eine der ersten kritischen Stimmen in Amerika nach dem Wahlsieg Labours, dass man überlege, ob USA mit seinen Gratis-Leih- und Pachtlieferungen die Pläne der Sozialisierer in Old-England erleichtern solle. Nun ist es also so weit, und der englische Botschafter Halifax in Washington ist gewissermassen von seinem Sessel aufgesprungen, um schleunigst mit Truman zu einer neuen Regelung des gegenseitigen Güter- und Finanzverkehrs zu gelangen.

USA hat seinen ins Ungeheure aufgetriebenen Produktionsapparat, hat unversehrte Städte, also keine Wiederaufbaunot wie die beiden andern Partner, hat eine wohltrainierte Industrie von den Köpfen bis zu den ungelernten Arbeiterschichten hinab, hat den grössten Goldhort der Welt, hat alles, um überall, wo Not oder kritische wirtschaftliche Situationen bestehen, entweder helfen oder diktionieren zu können. *Es pachtet den belgischen Hafen Antwerpen für 99 Jahre* und liefert den Belgiern auf einen Schlag genug Brot. Was liegt näher, als aller Welt zu beweisen, wie gewaltig seine intakte «kapitalistische Wirtschaft» jeder andern überlegen sei! Wenn der Beweis gelingt, dann ist die «geheime Komintern» wirksam geschlagen.



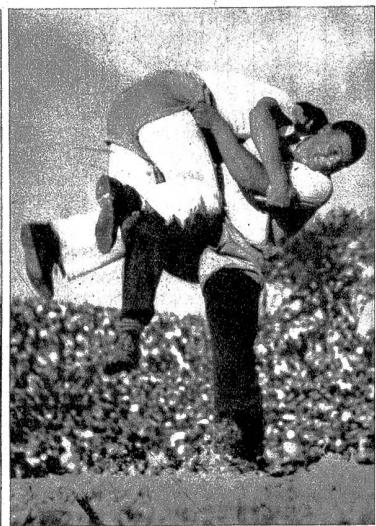
Das eidgenössische Jubiläums-Schwingfest in Bern

Das Wankdorf-Stadion in Bern sah über das Wochenende das erste friedensmässige „Eidgenössische“ seit 1937, das mit dem 50jährigen Jubiläum des Schwingerverbandes zusammenfiel. Am Sonntagnachmittag hatten sich gegen 17'000 Zuschauer eingefunden, doch waren die Publikumsmengen schon am frühen Morgen, als Bundespräsident von Steiger die Schwinger begrüsste, bereits imposant. Unser Bild wurde während der Ansprache des Bundespräsidenten aufgenommen und gibt einen Ueberblick über die Schwingplätze (ATP)



Es fehlte recht wenig, und Willy Lardon (hinten), der letztmalige Schwingerkönig, der diesmal den ersten Rang mit Peter Vogt teilen musste, hätte neuerdings den „ganzen Mun“ bekommen. Aber am Jubiläumsfest vermochte Otto Marti (Busswil) den Kampf gegen den Favoriten einzustellen, wiewohl der Murtener aufs

Ganze ging und ständig angriff



Peter Vogt (rechts) aus Muttenz, der mit dem bisherigen Schwingerkönig Willy Lardon (Murtens) den Schlussgang besitzt, konnte sich für seine vorherige Niederlage zwar nicht revanchieren, erreichte aber doch, dass er mit dem Westschweizer den ersten Rang teilen konnte (ATP)